

# Baugewerkschaft

## Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Ersteht jeden Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Goldmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 9 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung  
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: für die Petitzeile 0,60 Goldmark (Reklame 1,20 Goldmark) zur Zeit der Fahlung. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

### Berufsgedanke und Berufsstand im Wirtschaftsleben\*)

Von Dr. August Pieper, M.-Gladbach

Das erste Vierteljahrhundert der christlichen Gewerkschaftsbewegung hatte die grundlegende Arbeit zu leisten. Diese besagte zunächst die Klärung der Zielsetzung sowohl gegenüber der alten Gesellschafts-, Wirtschafts- und Staatsordnung, die auf einem mehr oder weniger absolutistischen Herrschaftsverhältnisse beruhte, wie auch gegenüber dem Geiste des Kapitalismus und Sozialismus, die als abwegige individualistische, nicht organische Auffassungen des Gemeinschaftslebens die Volksgemeinschaft zerlegen, aus einander dienenden Berufsständen die sich befehdenden Klassen der Besitzenden und Besitzlosen erwachsen ließen.

Dem Anspruch auf ein Herrschaftsverhältnis im Gemeinschaftsleben stellten die christlichen Gewerkschaften entgegen die Forderung nach einem Rechtsverhältnis von Freien, die im Bewußtsein der organischen Verbundenheit durch die Volksgemeinschaft, in Verständigung und Vertrauen die Gemeinschaftsangelegenheiten des Arbeitsverhältnisses und der Volkswirtschaft selbst verwalten. Dem selbstherrlichen, die Menschen isolierenden und im rücksichtslosen Wettbewerb gegeneinanderstellenden Individualismus des Kapitalismus sowie dem alle organische Gliederung der Volksgemeinschaft bekämpfenden massenindividualistischen Sozialismus stellten sie entgegen die Forderung der Eingliederung der Arbeiter in die Volksgemeinschaft. Diese ist, ähnlich dem leiblich-gestaltigen Organismus des Einzelmenschen, als Lebensgemeinschaft eine geistige Einheit aus einzelnen, die als Glieder zuerst für das Ganze sinnen und arbeiten.

Demgemäß war zunächst grundlegende Arbeit zu leisten im politischen und gewerkschaftlichen Kampfe um die Gleichberechtigung. Er erstrebte die Durchführung der Sozialreform in staatlicher Gesetzgebung und Verwaltung, noch mehr die Erreichung mitbestimmenden Einflusses der organisierten Arbeiter auf die Regelung des Arbeitsverhältnisses.

Heute ist die äußere Unfreiheit der Arbeiter beseitigt. Die äußeren Fesseln ihrer Freiheit sind durch die deutsche Sozialpolitik gelockert, durch die Revolution und die Verfassung des neuen Volksstaates gebrochen. Die gesetzliche und verbandsmäßige Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter ist in einem geschriebenen Rechte erreicht, soweit äußere Macht und Gewalt das vermögen. In der Nachkriegszeit ist die Klasse der Arbeiter in die gewerkschaftlichen Organisationen eingetreten, wenn auch nicht dauernd festgehalten. Die Technik der Gewerkschaftsorganisation und Gewerkschaftsarbeit ist erprobt. Diese grundlegende Arbeit der äußeren Freiheit zu ändern reformieren mußte zuerst geleistet werden, aber höheres ist noch zu tun durch Erweckung und Auswirkung geistiger Kräfte der Arbeiter, um die innere Gewinnungsreform eines Wandels des sozialen Rechtsinnes und eines Gemeinschaftswillens aller Beteiligten herbeizuführen. Hier ist alles Wesentliche noch ungetan. Das lehrt die innere Schwäche aller auf Gemeinschaftsarbeit zielenden Erfolge der Arbeiterbewegung, da die Unternehmer und weite andere Kreise der Gesellschaft die Freiheit und Gleichberechtigung der Arbeiter nicht innerlich anerkennen und den ethischen Willen zur Gemeinschaftsarbeit mit den Arbeitern in Verständigung und Vertrauen noch verjagen. Darin liegt das soziale Problem der Befreiung der Arbeiter, das mit äußeren Mitteln nicht zu erreichen ist.

Die Arbeiter haben in der Revolution den äußeren Widerstand der Unternehmer gegen ihren Aufstieg niedergeworfen und äußere Zustände der Mitbestimmung über weite Gebiete der Regelung des Arbeitsverhältnisses erzwungen. Der Wille der Unternehmer zur Gemeinschaftsarbeit ist aber nicht in gleichem Maße gewachsen, sie stehen weiterhin auf dem Boden des Interessentkampfes, der gar Klassenkampfes und können sich darauf berufen, daß die Mehrzahl der Arbeiter auf gleichem Boden steht. So bleibt jeder Sieg der Arbeiter ein Waffenstillstand auf Zeit, den jede Partei zu gegebener Zeit brechen kann, und zwar mit ethischem Gewissen, solange der Arbeitsvertrag nur ein geschäftlicher Dienst- oder Werkvertrag unter solchen ist, die nur das freie Spiel der Kräfte als maßgebend anerkennen, von inneren sittlichen und seelischen freien Bindungen nichts wissen wollen. Ethische Gemeinschaft läßt sich eben nicht durch politischen und gewerkschaftlichen Kampf der Arbeiter erzwingen, weil sie ihrem Wesen nach ein Treueverhältnis von

solchen sein muß, die einander auch menschlich etwas sein wollen, weil rein Menschliches sie seelisch bindet. Damit erhebt sich die Frage nach seelischen Bindungen von Unternehmern und Arbeitern, die erst den äußeren rechtlichen oder zwangsmäßigen Bindungen Wert und Dauer geben; sie können nur aus gemeinschaftsbildenden Kräften erwachsen. Dieser Kräfte sind die christlichen Gewerkschaften noch nicht mächtig. Durch den Namen christlicher und nationaler beruflicher Organisationen bekennen sie sich zu den höchsten und sakralen, heiligen Lebensgemeinschaftswerten, die einen Sinn des Lebens, auch des Gemeinschaftslebens, damit des Wirtschaftslebens bedeuten. Dieser Sinn bedeutet einen sittlichen, innerlich erhöhenden Lebensinhalt, eine höhere Menschwerdung als Seinsverwirklichung, durch welche die Arbeit Menschenwürde erhält, der Mensch gut und wertvoller wird, einen Ewigkeitswert empfangt. Dieser Sinn des Lebens befriedigt die innerlichsten Lebensgefühle des Menschen auch im Miteinanderleben und -wirken, schafft seelische Bindungen. Das deutlichste Beispiel dafür ist die Ehe und Familie. Als Lebensgemeinschaft verwirklicht sie den Sinn des innigsten Gemeinschaftslebens aus Treue und Liebe. Zwar verfolgt sie auch Zwecke in der Hauswirtschaft, die aber der Verwirklichung des Lebensinnes der Familie dienen.

Dieser Sinn des Lebens steht ganz im Gegensatz zu den bloßen Zwecken des Lebens, die nur äußere Vorteile verwirklichen, Interessen fördern in größerer Beherrschung und Ruhmarmachung der äußeren Lebensmöglichkeiten. Diese Zwecke sind an sich rein lieblich, profan, lassen die tiefsten Lebensgefühle unbefriedigt, bringen, solange sie nicht durch den Sinn des Lebens veredelt, geheiligt sind, keinen sittlichen Lebensinhalt, geben keine Menschenwürde. Zur Gemeinschaftsleben trennen die Zwecke die Menschen, bringen unter ihnen, wenn sie nur um ihrer selbst willen verfolgt werden, Spannungen, leiblich Kampf, Feindschaft und Haß hervor.

Am tiefsten äußert sich dieser Gegensatz von Sinn und Zweck in der Auswirkung auf die Arbeit, indem er den Gegensatz prägt von Berufsarbeit als Dienst an der Volksgemeinschaft, an den Mitmenschen, und von Erwerbsarbeit oder Geschäft als selbsttätige Ruhmarmachung der wirtschaftlichen Abhängigkeit der Menschen voneinander. Die Erwerbsarbeit, am härtesten ausgeprägt von dem individualistischen Kapitalismus und von dem massenindividualistischen Sozialismus, treibt die Menschen zum Interessen- und Klassenkampf. Die Berufsarbeit dagegen ist das stärkste gemeinschaftsbildende Band unter nichtblutsverwandten Menschen im Wirtschafts-, Staats- und Kulturvolke.

Erst wenn die christlichen Gewerkschaften die Arbeit der Lohn- und Gehaltsempfänger zur Berufsarbeit erheben kraft Erweckung und Betätigung des Berufsgedankens als der Idee des Dienstes an den lebendigen Mitmenschen in der Lebensgemeinschaft der Volksgemeinschaft, vermögen sie den Geist des Kapitalismus und Sozialismus zu überwinden, der die Volksgemeinschaft zerlegt, können sie Volksgemeinschaft dadurch aufbauen, daß das Arbeitsverhältnis ein Treueverhältnis aus freier innerer Bindung gegenüber der Volksgemeinschaft und zwischen Unternehmer und Arbeiter wird.

Dann erst können die christlichen Gewerkschaften auch die inneren Schwächen ihrer eigenen Gemeinschaft überwinden, die sie heute noch aufweisen. Die Mehrzahl ihrer Mitglieder ist noch an die Organisation gebunden durch die bloße Erwartung äußerer Vorteile in der Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen. Es fehlt ihnen an tieferen seelischen Bindungen, die aus einer Interessengemeinschaft eine berufspädagogische Lebensgemeinschaft erwachsen lassen, welche aus Berufsgenossenschaft und Arbeiterkulturbewegung aufbringt. Ohne die Bildungs- und Willenszucht, welche die berufspädagogische Lebensgemeinschaft aus der Kraft des Berufsgenossenschafts erarbeitet in engerer Bildungs- und Erziehungsarbeit der Arbeiter an sich selbst, ist eine höhere Anteilnahme an den Kulturwerten, eine Eingliederung der Arbeiter in die überlieferte Kulturgemeinschaft des deutschen Wirtschafts-, Staats- und Kulturvolkes nicht möglich. Ohne diese Bildungs- und Willenszucht können die Arbeiter auch nicht die innere Freiheit vollbürtiger Bürger des Wirtschafts-, Staats- und Kulturvolkes gewinnen; kein Gesetz und keine gewerkschaftliche Macht kann den Arbeitern, wie die Kultur, so die innere Freiheit geben; sie müssen sie sich selbst geben. Nur solcherart freie und zur tätigen Teilnahme an der Kultur aufstrebende Arbeiter werden die Unternehmer, welche Freiheit und Kultur als Erbgut besitzen, zur wirtschaftlichen und staatsbürgerlichen Gemeinschaft mit den Arbeitern gewinnen. Zuletzt laßt als innere Schwäche auf weiten Kreisen der Arbeiter auch der Mangel an Berufszweck:

diese hatten eine Berufszweck für unvereinbar mit der rationalisierten Arbeit im Großbetriebe. Daran krankt folgeschwer die deutsche Wirtschaft, die wir wieder aufbauen sollen. Auch die Berufszweck können die Arbeiter nur selbst sich geben, zum Teil durch Mitarbeit an wirtschaftlichen Reformen, vor allem aber durch Vergeistigung und Begeisterung ihrer Arbeit durch die Kraft des Berufsgenossenschafts.

### Sinn und Bedeutung der Genossenschaftsbewegung

Mit der Stabilisierung der Mark und der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland ist die Bedeutung der Genossenschaftsbewegung, die außerordentlich unter der Inflation und ihren Auswirkungen zu leiden hatte, wieder in den Vordergrund gerückt. In Anbetracht der großen Bedeutung des deutschen Genossenschaftswesens in den letzten Jahrzehnten unserer wirtschaftlichen Entwicklung und ihres raschen Wachstums von Jahr zu Jahr dürfte es angebracht sein, über Eigenart, Sinn und Bedeutung desselben einiges zu sagen.

Genossenschaften sind Organe zur Erfüllung wirtschaftlicher und sozialer Zwecke. Die Genossenschaft ist sozusagen eine Gemeinschaft der Idee und der Tat. An die Stelle des Einzelnen tritt eine Vielheit: der Einzelne ist zu schwach, um eine Idee in die Tat umzusetzen; eine Vielheit verbindet sich zu gemeinsamem Tun und erreicht so das Gewollte. Jeder kennt das Gleichnis vom Vater, der seine Söhne versammelt und einem von ihnen einen Pfeil überreicht mit der Weisung, ihn zu zerbrechen. Es gelingt ihm spielend. Dann faßt der Vater eine Menge Pfeile zu einem Bündel zusammen, und siehe da, jetzt vermag die Kraft, „Also haltet zusammen, und ihr werdet unüberwindlich sein.“

Das ist die Symbolik der Genossenschaft: sie ist ein Schutz- und Trübsbüdnis mit persönlichem Charakter. Daher kommt es auch, meint Sombart, daß die bunteste Mischung von Persönlichkeiten in der Genossenschaftsbewegung zu finden ist: unklare Sozialphantasten und nüchternen Rechner, begeisterte Propheten und gewiegte Geschäftsmänner, scharf denkende Theoretiker und tatkräftige Praktiker. Der Sinnhaftigkeit der Persönlichkeiten entspricht die Mannigfaltigkeit, die das Genossenschaftsproblem selber seinem Wesen nach darbietet. Es scheint fast, als ob die Genossenschaftsbewegung gar nicht auf ein einheitliches Ziel eingestellt sei, sondern alle verschiedensten Zwecke verwirklichen helfe. Genossenschaften bilden die Handwerker, um sich gegen den Kapitalismus, die Konsumenten, um sich vor Ausbeutung durch den Handel zu schützen; die Bauern gründen Genossenschaften, um sich billigen Düngern, die Postlektüre, um sich billige Wohnungen zu verschaffen. Wo ist da die einigende Idee? Scheinbar ist sie nicht da — und doch, man muß nur tiefer sehen! Wirtschaftlich und sozial will die Genossenschaft kapitalistisch wirken, was für die Mitglieder bedeutendere Vorteile bringt und bringen soll. Das das Peter Petroleum im Konsumverein ein paar Pfennige billiger ist, bestimmt die Hausfrau, Mitglied zu werden; weil er billigeren Dünger bekommt, wird der Bauer Mitglied seines Bauernvereins usw. Nur rein wirtschaftlichen Interessen soll die Genossenschaft dienen, aber gerade in diesem wirtschaftlichen Interessentenkomplex liegt eine höhere, eine ideelle Bedeutung.

Die Genossenschaft ist geeignet, unsere Gesellschaft zu höheren Wirtschaftsformen zu führen. Sie erhält Bauernstand und Handwert lebenskräftig und bietet die Vorteile der kapitalistischen Wirtschaftsform, wobei sie jedoch empfindliche Mängel derselben ausmerzt, indem sie die Wirtschaftsgemeinschaft erneuert. Sie geht nämlich von dem eigentlich selbstverständlichen Gedanken aus, daß die Wirtschaft um der Menschen willen da ist, d. h. um deren Bedarf an Gütern zu decken.

Sie schaltet also — das ist von entscheidender Bedeutung — das Erwerbprinzip aus, durch dessen Anerkennung die Wirtschaft auf den Kopf gestellt war, die durch die Anwendung des Bedarfsbedarfsprinzips wieder auf die Füße gestellt wird. In ihr kommt der fruchtbare Gedanke zur Geltung, daß alle Wirtschaft, die dem Gatten des Naturprozesses entzogen und irgendwie „geordnet“, „normiert“ ist, sich von dem Konsum her orientieren und gestalten muß. Die Genossenschaft beseitigt das ungesunde Konkurrenzprinzip und gehalten die soziale Gesinnung neu, insofern sie den Klassenhaß aus den Beziehungen der Wirtschaftlichen ausmerzt. Sie tut das alles aber, ohne die wahrhaft unerläßlichen Triebkräfte des Wirtschaftslebens zu zerstören: die Selbstverantwortlichkeit, das Selbstinteresse, das Entgeltlichkeitsprinzip. Die Entlohnung bleibt grundsätzlich auf dem Gebiet der Leistung

\*) Unter diesem Titel ist jedoch ein Buch des Verfassers erschienen, das die hier skizzierten Gedanken in aller Ausführlichkeit behandelt. Die Namen der Verfasser des obenstehenden Textes sind in der Ausgabe des Buches angegeben. Zu beziehen durch den Christlichen Gewerkschaftsverlag, Berlin-Schöneberg, (Lichtenberg 23).

**ausgebaut.** Dadurch wird die Begehrtheit hintangehalten und die wirtschaftliche Tüchtigkeit entwickelt, ohne die eine komplizierte Gesellschaft wie die unsrige nicht bestehen kann. Eine Ausschaltung der Unternehmerfunktion im Wirtschaftslieben ist nur insoweit möglich, als der Bedarf stabilisiert werden kann. Jeder Versuch, eine nichtkapitalistische Wirtschaft in dem wilden Meer einer ewig sich ändernden Bedarfsgestaltung zu errichten, ist notwendig zum Scheitern bestimmt. Von dieser Einsicht aus beginnt die Genossenschaft, wo sie neue Wirtschaftsformen schaffen, nicht nur alte reformieren soll, ihr Werk mit der künstlichen Stabilisierung des Bedarfs in den Konsumgenossenschaften und versucht von hier aus weiter zu bauen und sich Teilgebiete des kapitalistischen Marktes und der kapitalistischen Produktion zu erobern.

Die Arten der Genossenschaften sind je nach ihrem Sinn und Zweck verschieden, und ebenso mannigfaltig ist die Einteilung derselben. Hier seien nur zwei Unterscheidungen erwähnt: die von Krüger (Grundriss des technischen Genossenschaftswesens) in produktive und distributive Genossenschaften und die von Müller, der die Genossenschaften in ihrem deutschen Genossenschaftswesen in drei große Gruppen einteilt: Genossenschaften, die den städtischen und ländlichen Erzeugern dienen, in solche, die dem Arbeiter als Produzenten helfen wollen, und endlich in Verbrauchergenossenschaften.

F. Heurich, Karlsruhe.

### Schmaroher

Wir kennen dieses Wort aus der Pflanzenkunde. Man bezeichnet damit solche Gewächse auf den Pflanzen, die selbst keine Wurzeln haben, auf der Pflanze wachsen und durch einen sogenannten Saugrüssel aus den Säften der Pflanze ihre Nahrung ziehen. Meistens haben die Schmaroher ein üppiges Aussehen, weil sie ohne Kraftanstrengung die Säfte einer anderen Pflanze für sich verbrauchen, ohne selbst Früchte zu tragen. Beim Ueberhandnehmen drücken die Schmaroher die Pflanze zur Unfruchtbarkeit herab, können sie sogar zum Absterben bringen. Sie sind deshalb als große Schädlinge anzusehen. Die bekanntesten sind die verschiedenen Arten der Raumpilze.

„Schmaroher“ ist deshalb ein häufig genanntes verächtliches Schimpfwort, das in allen Gesellschaftsklassen gebraucht wird, meistens zur Charakterisierung eines Menschen. In der Kriegs- und Inflationszeit wurde es besonders viel, richtig und unrichtig angewandt, gebraucht. Auch unter uns Arbeitern finden wir Menschen, welche das von anderen mühsam Erreichte und Geschaffene ohne eigene Kraftanstrengung gern für sich ausnützen, selbst aber nicht wagen, dieses zu verteidigen. Soll nicht der ganze Stand geschädigt werden, so müssen wir stets und überall die Augen aufhalten, daß diese Leute nicht überhandnehmen.

Nach jahrelangen schwerem Kämpfen und Ringen ist die Grundlage des Arbeitsvertrages der Tarifvertrag bzw. die von den Organisationen abgeschlossene Lohnvereinbarung geworden. Darin wurzelt unser Entschädigungsanspruch für unsere Arbeitsleistung. Bei Annahme einer Arbeit gehen wir im Baugewerbe, ohne ein Wort über den Lohn zu vereinbaren, an die neue Arbeitsstelle heran, weil wir die tarifliche Entlohnung als

selbstverständlich betrachten. Es gibt Kollegen, die nicht wissen, daß dieses nicht in allen Gewerben und Berufen so ist, auch bei uns früher nicht so war. Leider werden immer wieder Fälle bekannt, daß gegen die tariflichen Vereinbarungen in irgendeiner Form in schmaroherischer Weise verstoßen wird. Wollen wir bei uns die Durchführung der Verträge überall einwandfrei sichern; nicht unsere Kraft für andere oder andere Aufgaben verschwenden; wollen wir nicht, daß andere, ohne selbst mitgearbeitet zu haben, das Erreichte für sich in Anspruch nehmen und es dennoch nicht zu schätzen wissen, sich vielmehr in anderen Kreisen prahlerisch ausblähen und uns durch ihr prahlerisches Wesen gar schädigen; wollen wir schließlich nicht, daß die Unternehmer mit gutem Grund glauben können, bei Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis Hilfsgruppen zu haben, die Verträge nicht innehalten zu brauchen oder umgehen zu können: so müssen wir überall auf der Hut sein, daß keine Schmaroher unter uns aufkommen, die den Tarifvertrag ausbeuten.

Die Unorganisierten sind als die ersten und größten Schädlinge anzusehen. Im Baugewerbe haben wir es besonders im Tiefbau, daß dort Berufs Fremde oder Leute, die keinen Wert auf längere Arbeitsdauern legen, keiner Organisation angehören, die Vorteile des Tarifvertrages aber für sich in Anspruch nehmen. Bei den Kleinmeistern haben wir es oft, daß dort durch die persönliche Bekanntschaft mit dem Unternehmer viele glauben, die Beiträge für die Organisation sparen zu können, wofür man dann die verschiedensten Gründe, die aber allesamt jämmerliche Ausflüchte sind, anföhrt. Eine besondere Art Schmaroher bilden diejenigen, welche die Bestimmungen des Tarifvertrages bzgl. Ueberarbeit nach ihren Ansichten auslegen. Wir finden solche Kollegen hauptsächlich im Betongewerbe und bei solchen Unternehmern, welche hauptsächlich Reparaturarbeiten, Umbauten, Schwammverteilung oder Reparaturen infolge Bodenentlung ausführen. Da wird jede mögliche Gelegenheit benützt, um ein paar Ueberstunden herauszuschinden. Leider findet man gerade hierbei, daß nicht der Tarifvertrag bzgl. der Zuschläge innegehalten wird. Jrgendeine Leistung des Bauauftraggebers oder Bauinteressenten wird da als Ausgleich für den Zuschlag hingegenommen. Daraus können und dürfen wir uns nie einlassen, denn solche Extraleistungen bei solchen meistens dringlichen und schmutzigen Arbeiten sind immer gegeben worden, oft auch durch die Art der Arbeit bedingt und als menschlich vernünftig und anständig zu bezeichnen. Eine andere Art Schmaroher findet man dort, wo Akkordarbeit zulässig ist. Akkordlohn ist ein Leistungslohn für eine bestimmte Mengearbeit. Man findet da, besonders wenn die Arbeit nicht drängt, immer Leute, die entweder dem Tariflohn immer etwas nachhinken oder die kleine Neben- bzw. Mehrleistungen mit übernehmen. Gerade wo Akkordarbeit zulässig ist, muß bei Abschluß der Verträge den Kollegen immer wieder ans Herz gelegt werden, selbst dafür zu sorgen, daß die Verträge auch innegehalten werden. Warum? Weil gerade bei Vertragsabschlüssen immer wieder Verstöße festgestellt werden.

Welches ist die gemeinschaftliche Triebfeder all der vorgenannten Arten der nicht strikten Innehaltung des Vertrages? Man will in einem kurzen Zeitabschnitt

mehr Geld als andere verdienen. Der Tarifvertrag wird nur als richtunggebend, nicht als Richtschnur betrachtet. Die gewerkschaftlichen Ertragsleistungen werden, wenn möglich, ausgenutzt, aber immer als Handelsobjekt benützt, um die Arbeit zu bekommen, um auf diese Weise in gewissen Zeitabschnitten, sei es durch längere Arbeitsdauer, sei es durch bestimmte Leistungen, einen höheren Lohn als andere zu haben. Fast immer kann man feststellen, daß solche Menschen in anderen Kreisen auf irgendeine Art prahlen, sich hervortun wollen. Die Lohngrundlage schafft auch ihnen erst die Organisation, auf die sie manchmal noch zu schimpfen wagen.

Sorgen wir dafür, daß diese Menschen, die wir immer wieder antreffen, bei uns nicht überhandnehmen und, falls ihr Verhalten klar erkennbar für alle oder für einen Teil der Kollegen einen Schaden brachte, sie gebrandmarkt werden, damit die Arbeit der Organisation, sich im Arbeitsverhältnis voll auswirkend, Früchte bringen kann. Ferdinand vom Sonnenstein.

### Allgemeine Rundschau

#### Unternehmer-Kampfflag gegen den Achtfundentag!

Die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände hat an ihre Mitgliedsverbände und deren Firmen ein Rundschreiben gerichtet (Nr. 108/T/17641), in dem festgestellt wird, daß „der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit in aller nächster Zeit mit größter Wucht und allem Nachdruck wieder aufgenommen“ werden wird. Demgegenüber soll eine außerordentliche Einwirkung auf die Öffentlichkeit beginnen. „Die deutsche Arbeitgebererschaft wird daher angewiesen sein, in nächster Zeit — der Anfang ist schon gemacht — mit ihrem Material auf jede mögliche Weise in die weiteste Öffentlichkeit zu gehen, um nochmals den Versuch zu machen, durch Aufklärung aller Volkskreise unermesslichen Schaden für die Allgemeinheit zu verhüten. Sie erfüllt damit die Pflicht gegenüber Nation und Wirtschaft (!), die ihr in dieser Frage gewerkschaftliches Dogma und international-sozialistische Verbendung und Verirrung auferlegen. Zwar ist die Arbeitgebererschaft infolge des geschwächten Zustandes der deutschen Wirtschaft heute nicht in der Lage, derartig hohe Beträge wie die Arbeitererschaft aufzubringen (!?), aber es muß trotz Wirtschaftskrise versucht werden, Geldmittel insoweit baldigt zusammenzubringen, daß wenigstens die erforderlichen Gegenmaßnahmen eingeleitet und im Interesse der Gesamtwirtschaft einheitlich weitergeführt werden können. Resignation in dieser Frage würde den Ruin der deutschen Wirtschaft und damit von Volk und Staat herbeiführen.“

Nach dieser Einleitung schließt das Rundschreiben mit der Uferlegung einer Sonderumlage, mindestens

3 M.	bei bis zu 25 Arbeitern und Angestellten
5	50
10	100
50	500
100	500

### Die Bedeutung der Familie für unser sittliches und soziales Leben

Von Fr. Heurich, Karlsruhe.

Die Gesellschaft beruht auf drei Pfeilern: Familie, Beruf und Siedlung.

Nur aus der Familie heraus kann sich ein Gemeinwesen und Staatsleben entwickeln.

Unter den Kräften, die zum Wiederaufbau unseres Volkstums beitragen, steht mit an der vordersten Stelle die Familie.

Schon ganz einfach um ihrer natürlichen Aufgabe willen. Die Familie ist der Jungbrunnen des Volkstums, aus dem dieses sich immer wieder erneuert und verjüngt. Das deutsche Volk hat in den letzten Jahren einen jammervollen Menschentrost zu beklagen gehabt; wer soll den so dringend notwendigen Ersatz liefern, wenn nicht eben der Mutterboden der Familie? Aus der Familie kommen immer wieder die Bewohner des Landes, die Bürger des Staates, die Glieder der Volksgemeinschaft, die neuen Väter und Mütter, die Rassen, die zusammen das Volk bilden, die Verantwortlichen, die den Staat leiten. Was für schwere Aufgaben warten auf das deutsche Volk in der nächsten Zukunft! Und was für Menschen werden es sein, die diese Aufgaben anpacken? Wird es ein Geschlecht sein, das körperlich gesund und geistig vollkräftig, mutig und ernst, mit Klugheit und Verantwortungsgefühl das Leben begreift und bemerkt, — oder wird es ein schwächliches, oberflächliches, geistig der Zeit nicht gewachsenes Geschlecht sein? Es wird vermutlich Leute beider Sorten geben. Aber die Frage ist nicht die, ob es auch gute, tüchtige Menschen geben wird, sondern die Frage ist: werden sie so zahlreich sein, daß sie die Zukunft bestimmen und gestalten, daß sie dem Ganzen das Rückgrat und den Halt geben, dessen es bedarf? Und nun ist es klar: genau so wird das Volk der Zukunft aussehen, wie die Familien sein werden; den Geist seiner Familie wird jeder einzeln hineintragen ins Volk, ob er es weiß oder nicht, und das Gepräge des öffentlichen Lebens dadurch mitbestimmen.

Darin liegt etwas, das nicht deutlich genug gesagt werden kann. Es ist nicht genug, daß wir zahlenmäßig wieder in die Höhe kommen. Die Zahl, die Masse macht es sicherlich nicht allein. Es fragt sich, was für eine Nation hinter der einzelnen Nummer steht. Ist eben diesem Grunde bedeutet nicht jede Geburt einen wirklichen Wertzuwachs. Wenn dahinter bloß das ungelagelte Aussehen der Liebe steht, so

befiehet Gefahr, daß ein solches Leben alles bedeutet — nur keinen Gewinn an wirklicher Volkskraft. Es ist auch bei der Familie keine unbedingt zuverlässige Bürgschaft gegeben, daß sie dem Volk nur wertvolle, gute Zukunftskräfte zuföhrt; aber die Bürgschaft ist immerhin eine größere — warum, braucht nicht näher ausgeführt werden, ein Bild ins Leben hinein jagt alles.

Aber freilich man kommt nach dem Gesagten alles darauf an, wie denn die Familie selbst beschaffen ist. Und da liegt der ungeheuer wertvolle Beitrag, den die Familie dem Volksganzen leisten kann, darin, daß sie das nachfolgende, grundlegende Lebensfeld und Betätigungsfeld der lebenswichtigen menschlichen, sozialen und bürgerlichen Tugenden darstellt. Tolstoi jagt einmal: „Die Welt lebt von der Liebe“. Er denkt dabei, wenn er von „Liebe“ redet, nicht bloß an die sinnliche Existenz des einzelnen und nicht bloß an den äußeren Fortbestand der Menschheit als Gattung. Und wenn er von „Liebe“ spricht, dann versteht er darunter nicht das, was die platte Weisheit der Gasse damit meint oder gar die gemeine Sprache der Gasse — auch die Liebe meint er nicht, von der die Dichter allen Völkern und Zeiten in feurigen Tönen reden, klagen und juchzen; er meint nicht die Liebe als etwas Naturhaftes, das wie eine fremde Macht über den Menschen kommt, sondern als etwas Sittliches. Er redet nicht bloß von der gefühlsmäßigen Liebe, sondern von der, die ein Handeln ist, ein selbstloses, opferbereites Handeln. Diese Liebe, will er sagen, hält im Inneren die Welt zusammen. Selbstsucht und Gewalt — davon lebt die Menschheit nicht; das sind im letzten Grund immer nur auflösende Kräfte. Hat er nicht recht? Liebe und Treue, Hingabe und Aufopferung, Zuverlässigkeit und Pflichtgefühl, Gemeinnut und Friedfertigkeit, Zucht und Fleiß, Ordnungsliebe und Wahrhaftigkeit, Autorität und Pietät, verbunden mit innerer Freiheit — das sind die elementaren, die wahren „Stützen der Gesellschaft“, die starken ursprünglichen Grundpfeiler alles menschlichen und völkischen Zusammenlebens, das auf eine höhere Stufe Anspruch macht. Darauf, daß ein Glied des Organismus den andern und dem Ganzen dient, ist der ganze Staat angelegt; daß ein vernunftgemäßes Ineinander von Abhängigkeit und Freiheit, von Ueberordnung und Unterordnung herrscht, wobei die Ueberordnung nicht zur Freiheitsunterdrückung und die Freiheit nicht zur Unordnung und Willkür wird, daß verschiedenartige Menschen zusammenleben und zusammenwirken, mit verschiedenen Gaben, auf verschiedenen Lebensstufen, die da verbunden durch ein gemeinsames sittliches Band — darauf ruht weithin das Leben der Menschheit und der Bestand des Staates.

Aber wo gäbe es nun ein naturgemäheres, ungezügelteres Betätigungsfeld und eine geeigneteres Vorbild für diese Bestimmungen als die Familie? Was für eine Fülle von Gelegenheiten und Aufgaben, von richtigen und feinen Lebensbeziehungen können in einem Hause vereinigt sein! Da ist der Unterschied des Alters, des Geschlechtes und des Standes. Wie verschieden vielfach Herkunft und Lebensgang, persönliche Eigenart und Temperament, Bildungsgepräge und Lebenszuschnitt! Wie verschieden Aufgaben und Pflichtkreise! Wahrhaftig, in der Familie ist alles darauf angelegt, daß der Egoismus ausgemerzt und alles auf das „Für einander leben“ gestellt wird. Man wird es unbedingt einem Manne im Berufsleben anfühlen, ob er in dem engen Bezirk seines Hauses auf Ordnung und Zucht hält, und ob er ein Hausvater ist oder ein Hausknecht; man wird es unbedingt einem jungen Manne in seinem Gang durchs Leben anmerken, ob er von Gehorsam und Ehrerbietung und von einem vernünftigen Gebrauch der Freiheit desheim etwas gelernt hat. Eine schlechte Erziehung wird den Menschen zeitlebens verfolgen wie ein Fluch oder wie ein nie zu erlösender Mangel. (Hierüber könnte manch strebsamer Arbeiter, der es sich zur Lebensaufgabe gestellt hatte, vorwärts zu kommen, Interessantes sagen.) Wen Vater und Mutter früh gelehrt, die Aufgaben zu machen, wo's etwas zu helfen gibt, Hand anzulegen und wirklich auch die Hände zu röhren, der wird überall willkommen und geschätzt sein. Wie verschieden können Brüder, Kinder eines Vaters und einer Mutter, oft sein! Kann's eine bessere Vorbild geben, um auch im Leben draußen die fremde Art, die fremde Ueberzeugung zu verstehen und zu achten und zu lernen, das Gemeinsame zu betonen und nicht das Trennende? So wirkt die Familie hinaus ins Leben, die stille kleine Welt des Hauses hinaus auf die große bunte Welt von Dorf und Stadt, von Volk und Staat, in tausend unmeßbaren und unwägbarer, aber doch wirklichen Einflüssen. Und darum: ist das Familienleben gesund, so wird es auch das Volkstleben sein, soweit der Staat das soziale Leben nicht verkümmern läßt; ist aber das Familienleben innerlich krank, so wird auch das Volkstleben in seiner Wurzel krank sein.

Und endlich die reichen Gemütswerte, die in der Familie und ihrem Leben beschlossen liegen. Hierher gehört schon das alles, was man unter dem Namen Sitte zusammenfaßt. Die Familie ist die geborene Hüterin und Pflegerin der Sitte. Mag sich's dabei handeln um das pietätvolle regelmäßige Gedächtnis an die Vorfahren oder um den von den Vätern ererbten frommen Brauch oder um hundertlei kleine sinnvolle Ausdrucksformen des Lebens — immer ist die Sitte

für die Durchführung der Umlage sind die einzelnen Verbände bzw. Fachspitzenverbände verantwortlich. Wer nicht bezahlt, hat sich die Folgen selbst zuzuschreiben, die den einzelnen wie die Gesamtheit in aller Schwere treffen werden."

Es ist kein Zweifel, daß diese Umlage gezahlt wird. Für solche Dinge hat die Arbeitgebererschaft nicht nur Verständnis, sondern auch Geld. Die „Aufklärung“ aller Volksschichten kann also losgehen.

Auf das angeforderte „Material“ sind wir weniger neugierig. Der Anfang soll ja bereits gemacht sein. Wer die obigen Auszüge des Rundschreibens liest, ist unseres Erachtens völlig ausreichend im Bilde. Hinzu kommen die Schlagworte von Zusammenhang zwischen steigenden Löhnen und Wirtschaftskrise und von der drohenden neuen Inflation. Von diesem Material lebt die Arbeitgeberpresse nun seit 1 1/2 Jahren. Der Ruin von Volk und Staat ist jedoch, den Propheten zum Trotz, nicht eingetreten. Er wird auch nicht eintreten, es sei denn, daß Scharfmacher und blindwütige Gasser im Arbeitgeberlager endgültig über volks- und staatspolitische Einsicht obliegen.

Schließlich hat ja auch die Arbeitererschaft ein Wortchen mitzureden. Gibt es jetzt immer noch kurz-sichtige Gewerkschaftler, die meinen, der Gewerkschaftsbeitrag sei zu hoch? Wir dächten, sie müßten jetzt endgültig luriert sein.

**Die Lohnsteuer ertragreichste Steuer des Reichs!**

Nach dem Ausweis des Reichsfinanzministeriums hatte das Reich im Monat Mai eine Gesamtsteuereinnahme von 611 Millionen Mark, gegenüber 653 Millionen Mark im April. Sieht man auf die Steuern, die ganz oder überwiegend von den breiten Massen des Volkes getragen werden müssen, so ergibt sich folgendes Bild:

Erträge in Millionen Mark:

	Mat 1925	April 1925	Mai 1924
Lohnsteuer	137	126	88
Umsatzsteuer	116	137	135
Verkehrssteuer	26	26	19
Zölle u. indirekte Steuern	144	148	93
zusammen	423	437	335

Die Lohnsteuer ist also wiederum gegenüber dem Vormonat erheblich gestiegen. Sie war im Mai die ertragreichste Steuer des Reichs, während bis dahin die Umsatzsteuer an erster Stelle stand. Es bleibt nun abzuwarten, wie sich die ab 1. Juni eingetretene Milderung der Lohnsteuer auswirken. Nach einem Beschlusse des Reichstages ist die Regierung verpflichtet, die Lohnsteuer weiter zu ermäßigen, wenn das Jahresaufkommen aus dieser Steuer über Summe von 1200 Millionen Mark übersteigt. Die Steigerung der Lohnsteuererträge im Mai läßt die Hoffnung zu, daß dieser Zeitpunkt schon bald eintreten wird.

Bekanntlich hatte unser Deutscher Gewerkschaftsbund gefordert, das steuerfreie Existenzminimum auf 100 Mark monatlich festzusetzen, drang aber damit nicht durch. Es blieb bei der Heraushebung von 60 auf 80 Mark,

ein Stück Geschichte, ein Stück Treue, ein Stück verklärter Schmutz des Alltags, und sie ist auch ein wohl-tuendes Element der Stetigkeit und der Ruhe im Wechsel der Tage, ein Band zwischen Vergangenheit und Zukunft, in allen diesen Beziehungen auch fürs ganze Volksleben von unschätzbarem Wert. Man denke nur an die Geburtstage und Gedenktage der Familie, man denke statt vieler anderer Beispiele an das Weihnachtsfest oder an Ostern. Aber welche Schätze des Gemütes ruhen auch sonst in dem Boden der Familie! Vaterkreue, Mutterliebe, Kindheitsglück, Geschwisterliebe, Haus und Heimat, Verwandtenkreis, Nachbarn und Hausfreunde, Geselligkeit, Hausmusik, Garten, Blumenpflege, alles das bis hinaus zum Haustier! Was ist dem gehegten Mann der Abend im Behagen des Familienkreises wert! Was bedeutet für das Kind in der Erinnerung noch das Bild des Elternhauses! Frommel hat gesagt: „Mit einer Kindheit voll Sonnenschein kann ein Mensch sein ganzes Leben haushalten“. Das alles begleitet das Kind auch wohl in gefährlichen Stunden mit bewahrender Kraft. Darin liegen Werte verborgen, die durch nichts, aber auch wirklich durch gar nichts anderes auch nur einigermaßen zu ersetzen sind.

Diese kostbaren Werte scheinen uns verloren zu gehen. Erschütternd ist das Wohnungsleben, und nach unserer Ueberzeugung geschieht nicht das, was angesichts der Notlage geschehen müßte. Der furchtbare verheerende Tiefstand unseres Volkes in gesundheitlicher Beziehung zeigt sich an deutlichen in den Krankheitsziffern. Sind diese schon für die Erwachsenen schlimm, so ist der Gesundheitszustand unserer Kinder und heranwachsenden Jugend direkt beängstigend. Dazu die fittliche Fäulnis, die am Marke ungezählter Familien nagt.

Gewiß leben wir in einer harten, drückenden Zeit, und der außenpolitische Zustand raubt uns in vielem die Freiheit der Entschließung.

Aber gerade, damit wir diese Zeit überleben, darf das Kapital geistiger Kraft und seelischer Gesundheit, das in der Familie liegt, unserem Volk nicht verloren gehen. Es wäre sein Untergang. Wo die Familie zerfällt, zerfällt alles. Wo aber noch ein innerlich gesundes Familienleben blüht, wo Blutsverwandtschaft und geistige Gemeinschaft, Liebe und Treue noch in vielen Häusern ein zartes und festes Band um die Hausgenossen schlingen, wo der Geist noch lebt, der uns aus Ludwig Richters heimatlichen Wäldern, aus Theodor Schüz' „Mit-tagsruhe in der Ernte“, aus Uhdes „Komm, Herr Jesu, sei unser Gast“ grüßt — da weht noch Zukunftsluft auch für unser deutsches Volk. Mögen alle, die es angeht, die Zeichen der Zeit verstehen.

**Um 11. Juli 1925 ist der achtundzwanzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1925 fällig.**

weil die Regierung behauptete, die Durchführung unserer Forderung bringe dem Reich einen Steuerausfall von jährlich 600 bis 700 Millionen Mark, was nicht ertragen werden könne. Heute dürfte schon feststehen, daß diese Annahme der Regierung falsch war, und daß unsere Forderung sehr wohl durchführbar gewesen wäre.

Die Gesamteinnahme aus den Steuern, die als Massenbelastung anzusprechen sind, betrug im Mai 70 Prozent der gesamten Steuereinnahmen des Reiches gegenüber 69 Prozent im April und 64 Prozent im Mai 1924. Dazu kommt als weitere Massenbelastung noch die Hauszinssteuer, so daß 80 bis 85 Prozent der Gesamtsteuerlast von den breiten Volksmassen getragen werden. Das ist auf die Dauer ein ganz unmöglicher Zustand.

**Der Reichsbankpräsident gegen die Inflationspropheten im Arbeitgeberlager**

Auf der kürzlich in Köln abgehaltenen Deutschen Industrierversammlung hielt der Reichsbankpräsident Dr. Schacht einen Vortrag über „Währungs- und Produktionspolitik“. Er führte u. a. aus:

„Die deutsche Währung ist stabil und wird stabil bleiben, wenn es auch merkwürdigerweise immer noch Leute gibt, die sich gegen die Erkenntnis dieser Tatsache sträuben. Der eigentliche Träger der deutschen Währung ist aber die deutsche Wirtschaft. Die Politik der Kreditbegrenzung ist für die Reichsbank unerlässlich. Was die Forderung des Sparbetriebes anlangt, so glaube ich, daß der Reichsbankdiskont von 9 Prozent durchaus ausreichend ist, um den Sparbetrieb zu fördern. Auf der anderen Seite bietet die Kontingentierungspolitik den großen wirtschaftlichen Vorteil, daß sie die relative Niedrighaltung des Reichsbankdiskontsatzes ermöglicht und dadurch das stärkste Mittel bietet, die Zinssätze in der deutschen Wirtschaft überhaupt herabzudrücken. Deshalb wird das Reichsbankdirektorium an dieser Kontingentierungspolitik solange festhalten, bis die natürliche Entwicklung des Geldmarktes Zinssätze erwarten läßt, die für die deutsche Wirtschaft und besonders die Landwirtschaft tragbar sind. Trotz dieser Zurückhaltung der Reichsbank ist die Gesamtsumme der gegebenen Kredite nicht unerheblich. In der Mitte dieses Monats betrug die Gesamtkreditgewährung der Notenbanken rund 2,5 Milliarden Reichsmark. Damit dürfte das Höchstmaß des zurzeit Tragbaren erreicht sein.

Es hastet uns immer noch zu viel Inflationsstolz an. Insbesondere ist der ganze Verteilungsapparat unserer Wirtschaft noch immer in der ungeheuerlichsten Weise aufgebläht. Ein großer Teil überzähliger Unternehmungen wirkt sich schädlich in der Form des Kettenhandels und, damit verbunden, in unnötiger Preissteigerung aus. Zu den noch nicht beseitigten Inflationserscheinungen zählt auch die Mißachtung des Pfennigs. In der nach oben gerichteten Preispolitik nehmen die Kartelle bedauerlicherweise größtenteils keine volkswirtschaftlich befriedigende Stellung ein, aber, was wir auch immer in der inneren Wirtschaftspolitik zur Erziehung einer stärkeren Produktion tun mögen, alles bleibt vergeblich, wenn nicht die Grundursachen allen Übels beseitigt wird, die in der fort-dauernden außenpolitischen Beunruhigung liegt.“

Von einer Gefährdung der Währung durch die Löhne sagt also Herr Dr. Schacht kein Wort. Wohl aber sieht er Gefahren in der Preispolitik der Kartelle und in dem ungeheuerlich aufgeblähten Handel. Er hat also an der richtigen Stelle geredet. Ob's etwas nützen wird? Wir fürchten leider: nein. Der Kinderschreck einer zweiten Inflation ist ein so wirkungsvolles Argument gegen Lohn-erhöhungen, daß die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände noch lange damit treiben wird.

**Wie Herr v. Borjig sich den Wirtschaftsfrieden denkt**

Gelegentlich seiner Wahl zum Vorsitzenden der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hielt Geheimrat Dr. Ernst v. Borjig eine programmatische Rede, die — äußerlich einigermaßen verbindlich — trübe Aussichten in die Zukunft eröffnet. Nach der „Deutschen Handelsmacht“ (D. H. M.) sagte er u. a.:

„Die wichtigste Voraussetzung für die gedeihliche Fortentwicklung unserer Gesamtwirtschaft ist die einmütige Zusammenarbeit aller Kräfte der Wirtschaft bis zu ihrer höchsten Entfaltungsmöglichkeit. Deshalb sehe ich das Endziel aller unserer Arbeit in dem Frieden mit der Arbeitererschaft. Dieser Friede darf aber kein „sanfter“ Friede sein, sondern muß auf gegenseitiger Achtung und Anerkennung beruhen. Ich bin mir dabei auch klar, daß Interessenskonflikte selbst bei dem besten Willen nie ganz ausgeschaltet werden können. Gegenwärtig sind wir zum Unglück unseres Volkes von dem Ziele noch weit entfernt. Wirtschaftlicher Ruin und politische Verheerung in weiten Kreisen der Arbeitererschaft haben dazu geführt, daß die Arbeitererschaft immer wieder Forderungen stellt und, gestützt auf ihren politischen Einfluß, auch vielfach durchgedrückt hat, die von der Wirtschaft auf die Dauer nicht getragen werden können. Durch diese Entwicklung ist die Arbeitererschaft daran gewöhnt, macht-politisch anstatt wirtschaftlich zu denken und die Befreiung ihrer Lebenslage von der Stärkung ihres politischen Einflusses anstatt von der Förderung der Wirtschaft zu erwarten.“

Infolgedessen fällt der Arbeitgebererschaft die schwierige Aufgabe zu, in der Zukunft gewöhnlich allein für die Sicherstellung der Lebensbedürfnisse des Wirtschaftskörpers Sorge zu tragen und den aus dem wirtschaftlichen Unbestand der Arbeitererschaft entspringenden Gefährdungen des Wirtschaftslebens energisch Widerstand zu leisten. Es werden also noch viele Kämpfe notwendig sein, bevor wir dem Ziele der zufriedenen Arbeitsgemeinschaft näherkommen. Aber diese Kämpfe müssen immer seltener werden, je mehr in den Reihen der Arbeitererschaft die Erkenntnis der Nutzlosigkeit solcher Kämpfe und ihr Gefühl für wirtschaftliche Notwendigkeiten wächst.“

Mit anderen Worten: Herr v. Borjig wünscht den Frieden mit der Arbeitererschaft, — aber erst dann, wenn diese die Nutzlosigkeit von Lohnkämpfen eingesehen hat, also macht- und mutlos am Boden liegt. Er wünscht den Frieden, wenn die Arbeitererschaft keine Forderungen mehr aufstellen, die die Arbeitgeber nicht bewilligen wollen. Die Arbeiter sollen sich also auf die Dauer an Not, Mangel und Elend gewöhnen. Da das aber gegen die menschliche Natur geht, so enthalten die äußerlich so friedlichen Worte des Herrn v. Borjig in Wirklichkeit eine Kriegserklärung auf einen Kampf auf Tod und Leben mit der Arbeitererschaft.

Es ist schlimm für unser Volk, daß der Führer der deutschen Arbeitgebererschaft aus den Vorgängen der letzten zehn Jahre so blutwenig gelernt hat. Und dabei gilt Herr von Borjig noch als einer der Fortschrittlichsten im Unternehmerlager!

**Anzeichen der Lebenshaltungsindebiziffer**

Die Lebensindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „sonstiger Bedarf“) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats Juni auf 138,3 gegen 136,5 im Vormonat. Sie hat sich sonach um 2,1 v. H. erhöht. Nach der alten Methode würde sich die Indexziffer für den Durchschnitt Juni auf 128,2, sonach ebenfalls um 2,1 v. H. höher als im Mai (125,6) stellen. Die Steigerung ist auf das Anziehen der Ernährungsausgaben, besonders der Preise für Rindfleisch, Gemüse, Milch und Eier zurückzuführen.

**Tarifbewegung**

Stattarbeitstreik in Duisburg. Zutritt ist streng fernzuhalten.

**Arbeitskampf im badischen Baugewerbe**

Unter dieser Überschrift hat der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, Landesverband Baden, an die Presse einen langen Bericht gesandt, worin er den Öffentlichkeit über die Zustände, unter welchen der Streik begonnen wurde, seine Ziele und die etwaige Auswirkung auf das Wirtschaftsleben, Aufklärung geben will. Die „Neue Badische Landeszeitung“ von Mannheim in Mannheim vom 18. Juni 1925 machte am Schluß des Artikels folgende Bemerkung: „Es ist zu erwarten, daß auch die Bauarbeiterverbände ihren Standpunkt der breiteren Öffentlichkeit zur Kenntnis bringen werden.“ Das soll hiermit geschehen.

Der Tarifstreik besteht seit dem 1. April 1924. An diesem Tage lief der bis dahin bestehende Reichstarifvertrag für das Baugewerbe ab. Die Verhandlungen zwecks Schaffung eines neuen Tarifvertrages scheiterten hauptsächlich an den Forderungen der Arbeitgeberverbände. Zu neuen Verträgen wollten die Arbeitgeber eine Verlängerung der Arbeitszeit durchführen. Sie verlangten größere Spannen zwischen den Löhnen der Facharbeiter und Hilfsarbeiter. Ferien sollten nicht gewährt werden, trotzdem der abgelaufene Tarifvertrag Ferien enthielt. Die Lehrlingslöhne und Polierlöhne sollten im Tarif nicht geregelt werden. Die Rechte aus § 616 BGB. sollten beseitigt werden.

Die Arbeiterorganisationen wehrten sich gegen diese gesanten Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, und deshalb sind die Verhandlungen gescheitert; auch alle nachfolgenden Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis. Es ist dann in bezüglichen Verhandlungen versucht worden, diese Fragen einer Regelung zuzuführen. Die Fragen des Lohnes und der Zuschläge zum Lohn konnten bezüglich geregelt werden, teils in freien Vereinbarungen, teils durch Schiedssprüche. Die Verhandlungen um die übrigen genannten Tariffragen scheiterten jedoch.

Seit dem 15. April 1925 ist die Regelung der Lohnfrage auch nicht mehr gelungen. Am 31. März kündigten die Arbeitnehmerorganisationen das bis dahin bestehende Lohnabkommen und stellten mit den Forderungen zugleich den Antrag auf Verhandlungen. Die Arbeitgeber lehnten Verhandlungen ab und richteten ihrerseits den Antrag an den Landesrichter zur Bildung einer Schlichterkammer, welche die Lohnfrage entscheiden sollte. Die Verhandlungen fanden am 9. April statt, und am Schluß derselben wurde ein Schiedsspruch gefällt, der für Facharbeiter vom 16. April bis 15. Mai einen Stundenlohn von 1,04 Mark vorsah. Ab 16. Mai sollte eine weitere Erhöhung von 3 Pfennig pro Stunde eintreten. Für alle übrigen Arbeiter sollte diese Lohnhöhe nach dem bisherigen Tarifschlüssel berechnet werden.

Die Arbeitnehmerorganisationen stimmten diesem Schiedsspruch zu, die Arbeitgeber lehnten jedoch ab. Es wurde dann seitens der Arbeitnehmer die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches bei dem Reichsarbeitsministerium in Berlin beantragt. Die Verhandlungen fanden dort am 23. April 1925 statt. Der Leiter der Verhandlungen versuchte, die Parteien einander näher zu bringen, und da eine volle Einigung nicht erzielt werden konnte, so machte er am Schluß einen Einigungsvorschlag. Bis zum 28. April mußten die Parteien erklären, ob sie dem Einigungsvorschläge zustimmen

wollten. Die Arbeitnehmerorganisationen stimmten zu, die Arbeitgeber lehnten wieder ab, wollten aber teilweise den Einigungsversuch durchführen, indem sie den Sacharbeitern den vorgesehenen Lohn zahlten, den Hilfsarbeitern jedoch 50 Prozent der vorgesehenen Lohn-erhöhung abstrichen. Sonach bestand seit dieser Zeit auch in der Lohnfrage nicht mehr die gegenseitige Verein-barung, sondern das Diktat der Arbeitgeberverbände. Dieser Zustand war für die Bauarbeiter unerträglich, nachdem seit zwanzig Jahren Lohn- und Arbeitsverhält-nisse geregelt waren. Sie strebten deshalb eine Neurege-lung an, stellten einen Tarifvertragsentwurf auf, der in der Hauptsache die Bestimmungen der bisherigen Tarifverträge enthielt und nur in der Ferienfrage eine andere Formulierung vorschlug. Mit dem An-trag auf Tarifverhandlungen wurde die Lohnfrage verknüpft und eine Erhöhung der Löhne für Sacharbeiter auf 1,20 Mark pro Stunde für Mittel- und Ober-baden, für Unterbaden, Vorderpfalz und angrenzende Teile von Hessen auf 1,25 Mark gefordert, während die Hilfsarbeiter 10 Prozent unter den Sacharbeiterlöhnen bleiben sollten.

Die Verhandlungen, die über den eingereichten Tarif-entwurf und die Lohnfrage am 8. Juni in Karlsruhe stattfanden, scheiterten, da die Vertreter der Arbeitgeber-verbände die Erklärung abgaben, daß sie weder über die einzelnen Tarifbestimmungen mit uns verhandeln, noch in der Lohnfrage Zugeständnisse machen würden. Wir haben somit in den letzten Monaten alle Verhand-lungsinstanzen durchlaufen: Landes-schlichter, Schlichtungs-kammer, Reichsarbeitsministerium, ohne zu einer neuen Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu kommen. Diesen Instanzenweg von neuem zu durchlaufen und schließlich nach einigen Monaten wieder resultatlos dazu-gehen, dazu hatten die Bauarbeiter keine Neigung, und daher ist es nun in vielen Orten Badens zum Streit gekommen, der das Wirtschaftsleben schädigen muß.

Inzwischen ist in dem Kampfe eine Wendung eingetreten: Der Bezirksarbeitgeberverband für das Baugewerbe Mannheim-Ludwigshafen hat die Aus-sperrung beschlossen und folgende Richtlinien an seine Mitglieder ausgegeben:

- Richtlinien für die Aussperrung!**
1. Entlassung der gesamten Belegschaft auf Sonn-abend, den 27. Juni 1925.
  2. Während des Sonnabends Auslösung der noch beschäftigt gewesenen Arbeiter. Aushändigung sämtlicher Papiere (Invalidentät- und Steuerkarten vorher in Ord-nung bringen); bei den Entlassungsgeldern ist als Grund der Entlassung anzugeben: „Wegen Aussperrung im Bau-gewerbe“.
  3. Abmeldung bei den Krankenkassen und sofortige Einziehung einer namentlichen Liste der ausgesperrten Arbeiter bei dem zuständigen Arbeitsamt, damit die Er-werblosenunterstützung gesperrt wird.
  4. Schwerverletzteschädigte sind ebenfalls zu entlassen, müssen jedoch nach beendigter Aussperrung sofort wieder eingestellt werden.
  5. Poliere und Schachtmeister, die auf Grund der Rechts- bzw. Bezirksarbeitsverträge für Poliere und Schacht-meister als solche eingestellt und beschäftigt worden sind, haben monatliche Kündigung und dürfen nicht entlassen werden.
  6. Hilfspoliere und Unter-schachtmeister haben unter gleichen Voraussetzungen eine 14-tägige Kündigungsfrist und dürfen nicht entlassen werden.
  7. Von Polieren, Hilfspolieren, Schachtmeistern und Unter-schachtmeistern, die seither praktisch mitgearbeitet haben, kann diese Tätigkeit auch fernerhin verlangt werden; soweit diese Voraussetzung nicht zutrifft, sind dieselben zur Bewachung der Baustellen zu verwenden.
  8. Sollarbeiter fallen nicht unter die Bestimmungen der Sollar- bzw. Verträge, sind also zu entlassen.
  9. Lehrlinge unterziehen dem Lehrvertrag und müssen weiterbeschäftigt werden.
  10. Die für Stilllegung einer Arbeitsstelle erforder-lichen Vorarbeiten sind sofort in Angriff zu nehmen. Lieber vorliegendes Material ist sofort zu verfügen.
  11. Rohbauarbeiten dürfen nur nach vorheriger Genehmigung der Aussperrungsleitung ausgeführt werden. Eigenmächtige Weiterbeschäftigung der Arbeiter unterliegt der Strafbestimmung.

Auch der Arbeitgeberverband für Mittel- und Ober-baden will nicht zurückbleiben in der Bekämpfung der Bauarbeiter. Er hielt am Sonntag, den 28. Juni, in Baden-Baden eine außerordentliche Hauptversammlung ab. In dieser wurde ebenfalls beschlossen, die Aus-sperrung voranzutreiben, und zwar auf den 1. Juli. Wir haben die Aussperrung kommen sehen und we-tere Mitglieder haben, wie es der Wunsch der Arbeitgeber war, die Baustellen, wo bisher nicht gestreikt wurde, verlassen.

Der Kampf steht günstig für uns. Von etwa 500 befristeten Firmen hatten bis Ende letzter Woche 120 Firmen unsere Forderungen bewilligt. Bei denselben sind 1400 Bauarbeiter beschäftigt. Wir sind überzeugt, daß die Unterbrechung des Hochbaus bald einsehen werden, daß sie mit dieser Aussperrung die Geschäfte der Industrie und der Tiefbauunternehmer befragen.

**Dachdecker**  
**Meinland-Besitzer.** Im Grund des Reichsarbeits-vertrages sind die Fragen der Einteilung der Arbeitszeit, der Gemeinleistung, der Entschädigung für Überarbeit-zeiten usw. bezüglich zu regeln. Am 29. Juni fanden nun in Köln diesbezügliche Verhandlungen für die Gebiete Rheinland-Besitzer statt. Das Gebiet Hessen und Hessen-Nassau mußte ausbleiben, da der Leiter des Dachdecker-verbands es abgelehnt hatte, zur Verhandlung zu er-scheinen, sogleich das Gebiet bisher zum Verhandlungs-gegenstand gehörte und der A. I. B. in § 1 Ziffer 5 Abs. 2

vorschreibt, daß die Gaugrenzen bestehen bleiben sollen, wie sie waren.  
 Strittig war Köln, weil dieses Gebiet bisher einen eigenen Gau bildete und auch in der Frage der Ent-lohnung der Hilfsarbeiter besondere Bestimmungen be-standen. Nach längerer Verhandlung gelang eine Ver-einbarung, wonach alle bisherigen örtlichen Bestimmungen, wie sie im Anhangsvertrage niedergelegt waren, erneuert werden sollen. Eine endgültige Zusammenstellung soll am 9. Juli erfolgen.

**Aus dem Verbandsleben**

**Bezirkskonferenz Königsberg**

Am Sonntag, den 28. Juni, fand unsere ordentliche Bezirkskonferenz in Guttstadt statt. Vertreten waren 23 Delegierten, 4 Verwaltungsstellen hatten keinen Dele-gierten entsandt. Eine besondere Freude bereitete den ostpreussischen Kollegen die Anwesenheit unseres Ver-bandsvorsitzenden, Kollegen Wiedberg.

Kollege Liebnitz gab den Geschäftsbericht über den Zeitraum von der letzten in Allenstein ab-gehaltenen Konferenz. Die schwierigen Verhältnisse des Jahres 1923 sowie die hier in Ostpreußen starke Arbeits-lostigkeit, hervorgerufen durch die Witterungsverhältnisse und Kapitalnot, brachten es mit sich, daß der Bezirk nicht ganz auf der alten Höhe gehalten werden konnte. Sinsu kommt, daß sogar Bruderverbände es versuchten, unsere Mitglieder mit niedrigen Beiträgen an sich heran-zuziehen. Darüber wird an anderer Stelle noch ein Wort zu sagen sein. — Die Mitgliederzahl hat sich trotz der erwähnten Schwierigkeiten etwa wieder auf die Höhe von 1922 gehoben und beträgt zurzeit rund 2000. Die Lohnbewegungen nahmen in der Berichtszeit einen Um-fang an, der die ganze Kraft der Angestellten in Anspruch nahm, um so mehr, als die Arbeitskämpfe gerade im Jahre 1924 von den Arbeitgeberverbänden außerordent-lich scharf geführt wurden. Haben doch z. B. unsere Königsberger Kollegen in der Zeit vom Anfang No-venber 1923 bis zum 19. Juli 1924 nur vier Tage ge-arbeitet, die übrige Zeit war Arbeitslosigkeit und Aus-sperrung. Trotz der Hilfe, die die Bauarbeitgeberverbände durch Landwirtschaft, Behörden und andere Arbeitgeber-verbände erhielten, ist es den Arbeiterorganisationen gelungen, einen Bezirksarbeitsvertrag zustande zu bringen. Unhaltbar aber ist die jetzige Lohngebieteinteilung. Es wird bei der Tarifverneuerung am 31. Juli darauf zu halten sein, daß eine andere Einteilung erfolgt. Zur Agitation forderte der Bezirksleiter von den Verwaltungs-stellen, bessere Verhältnisse im Baudelegiertenwesen zu schaffen. Keine Baustelle ohne Delegierten! Das Ab-rechnungswesen muß sich bessern, die Abrechnungen müssen genauer und vor allem pünktlich gemacht werden. Zum Schluß dankte er allen Vorständen und Vertrauensleuten für ihre Mitarbeit.

Die Aussprache, auch über den vom Kollegen Pappe erstatteten Bericht vom Verbandstage, war sehr eingehend. Die neue Satzung wurde gründlich durch-geprochen. Die Delegierten versprachen, sich in den Ver-waltungsstellen dafür einzusetzen, daß die Beschlüsse un-seres Verbandstages zur Durchführung gelangen. Kol-lege Formell-Danzig sprach über die schwierigen Ver-hältnisse im Freistaatsgebiet. Aus den Ausführungen klang so recht heraus, wie sich unsere deutschen Brüder in dem vom Mutterlande abgerissenen Gebiet nach der Wieder-vereinigung mit unserm großen Vaterland sehnen. Möge dieser Wunsch bald in Erfüllung gehen.

Kollege Wiedberg hielt dann einen Vortrag über die allgemeine Lage in Wirtschaft und Baugewerbe. Er hob hervor, daß wir im Verhältnis zur Vorkriegs-zeit rechtlich und politisch vorwärts gekommen sind, wirt-schaftlich jedoch stehen wir schlechter wie vor dem Kriege. Die von den westlichen Industriellen eingeleitete Aktion gegen die Bauarbeiterverbände wird ihnen nichts nützen. Trotz der Stilllegung vieler Fabrikbauten werden wir in dem Kampfe um die wirtschaftliche Besserstellung der Bauarbeiter nicht nachlassen. Die heutige Steuer- und Zollpolitik unserer Regierung erscheint von uns kritische Aufmerksamkeit. Die geforderten Mindestlöhle lehnen wir unbedingt ab. Bestrebend muß es die Arbeiterschaft be-zühten, daß in der Einkommensteuer die großen Ein-kommen von 60 Prozent auf 33 1/2 Prozent herabgesetzt werden sollen, während auf der anderen Seite die Forde-rungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes auf Heraus-hebung des steuerfreien Einkommens auf 100 M. monat-lich abgelehnt wurden. Wir fordern mehr soziales Ver-ständnis für die Not der Arbeiterschaft, in erster Linie von den Kreisen, die sich religiös nennen. Tatkraftentum in der Wirtschaft, dann sieht es mit dem deutschen Volke besser aus. Reicher Beifall lohnte die vortrefflichen Aus-führungen.

Der Bezirksvorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Da Kollege Paul-Bischoffstein zugunsten einer an-deren Verwaltungsstelle verzichtete, wurde Kollege Redig-Landsberg neugewählt.

Das kräftige Schlusswort des Kollegen Liebnitz fand einen lebhaften Widerhall. Fremdig stimmten die anwesen-den Delegierten und Guttstädter Kollegen in das auf den Zentralverband gerichtete Bauarbeiter ausgebrachte Hoch ein.

**Sozialpolitik u.-versicherung**

**Arbeitskammerwahlen für den Ruhrbezirk.** Die Ergebnisse der kürzlich getätigten Arbeitskammer-wahlen für den Ruhrbezirk liegen nunmehr vollständig vor. Es haben erhalten: Alter (sozialistischer) Berg-arbeiterverband 9030 Stimmen (9 Sitze), Gewerk-verein christlicher Bergarbeiter 5743 Stimmen (6 Sitze), Union 51022 Stimmen (5 Sitze), Polen 5139 Stimmen

(keinen Sitz), Hirsch-Lunder 6549 Stimmen (ebenfalls keinen Sitz). Gegenüber der Arbeitskammerwahl von 1921 hat der Alte Bergarbeiterverband 10594 Stimmen verloren, der Gewerkverein christlicher Berg-arbeiter 7971 Stimmen gewonnen, die Union ebenfalls 11000 Stimmen gewonnen und Hirsch-Lunder 1028 Stimmen dazu erhalten. Die Polen verloren zwei Drittel ihrer gesamten Stimmzahl vom Jahre 1921, und zwar haben sie einen Verlust von 15299 Stimmen zu buchen. Die Union hat gegenüber der letzten Betriebs-rätewahl einen ganz enormen Stimmenverlust zu ver-zeichnen, während der Alte Bergarbeiterverband zwei Sitze verloren hat.

**Arbeitgeberbewegung**

Der Deutsche Studgewerbebund hielt kürzlich seine erste Tagung in München ab. Einen Verhandlungs-bericht in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ ent-nehmen wir folgende Stellen:

„Der Deutsche Studgewerbebund wurde am 19. Juli 1924 zu Weimar gegründet. Bis zum Schlusse des Berichtsjahres belief sich die Mitgliederzahl schon auf rund 1200 Fachgeschäfte. Im Dezember 1924 hat der Bund bereits unter äußerst günstigen Verhältnissen ein Bun-deshaus in Düsseldorf erwerben können. In der Frage der Herabsetzung des Einkommensteuervorauszahlungs-gesetzes des Stud- und Berupfsgewerbes konnte noch kein Ergebnis erzielt werden. In einem besonders freundlichen Verhältnis steht der Bund zu dem Verband Deutscher Zimmermeister, ferner zu dem Schweizerischen Maler- und Gipsermeisterverbände und zu der Vereinigung Wiener Studateurmeister.“

Große Bedeutung wurde der Frage des handwerk-lichen Nachwuchses in dem Studgewerbe gewidmet. Den Bemühungen des Bundes ist in erster Linie die Errichtung der studgewerblichen Fachklasse der Handwerker- und Kunstgewerbeschule zu Köln zu verdanken.

In sozialpolitischer Hinsicht wurde versucht, eine er-träglichere Lohngestaltung zu erreichen. Die Verhand-lungen über das geeignete Zusammengehen der maßgeben-den Verbände des engeren Baugewerbes sind bis jetzt noch nicht abgeschlossen. Das Gewerbe ist seit Grün-dung des Deutschen Studgewerbebundes ein gutes Stück vorangekommen.

Bei Beratung des Reichstarifvertrages für das deutsche Stud- und Berupfsgewerbe wurde eine Kom-mission gebildet, um mit dem Arbeitgeberver-band für das Baugewerbe in Fühlung zu treten und dann sobald als möglich festzu-setzen, wie weit das Studgewerbe mit dem Tarif gehen kann. Das Ergebnis dieser Verhand-lung wird der Gehilfenschaft mitgeteilt, um alsdann zum Abschluß eines Reichstarifes zu kommen. Aus den Be-richten der einzelnen Bezirksvertreter war zu ersehen, daß noch eine große Verschiedenheit in der Entlohnung der Arbeitnehmer besteht; besonders trat in den ein-zelnen Bezirken der Gegensatz zwischen Afford- und festem Lohn stark hervor. Für die Gesellenprüfung wurde eine einheitliche Prüfungsordnung vom Vorstande ausgearbeitet; die Delegierten nahmen sie einstimmig an. Auf Anregung des Vertreters des Allgemeinen Deutschen Bildhauerbundes wurde beschlossen, mit diesem Bunde in eine Arbeitsgemeinschaft zu treten.

Am Sonntagvormittag wurden die Beratungen fort-gesetzt, die sich hauptsächlich mit Organisationsfragen be-schäftigten. Um die Mitglieder stets auf dem Laufenden zu halten, wurde beschlossen, 14tägige Rundschreiben, die besonders Nachrichten über die Lohn- und Streik-bewegung enthalten, in Umlauf zu setzen. Die Vorstandswahl ergab keine Veränderung. Der Jahresbeitrag wurde von 12 auf 15 M. erhöht. Als nächster Tagungs-ort wurde Berlin gewählt.“

Also die Studmeister wollen sich von den Bau-unternehmern beraten lassen, wie weit sie in den Tarif-vertragsverhandlungen den Arbeitnehmern entgegen-kommen dürfen. Wir fürchten, die Zukunft wird so aus-fallen, daß „alsdann“ ein Reichstarifvertrag nicht zu-stande kommt.

**Bücherchau**

Die Wohnungsfürsorge als Grundlage der Volksgesundheit. Unter diesem Titel ist als Heft 2 der Schriften des bayerischen Bauvereinstartells, München, Dreimühlen-strasse 14, der Vortrag in Druck erschienen, den Stadtrat Michael Gaeleiger-München auf dem Deutschen Karttag in Bamberg am 4. Juni 1925 gehalten hat. Nachdem das Referat seinerzeit vielen Anklang gefunden hat, sei auch an dieser Stelle darauf auf-merksam gemacht.

**Sterbetafel**

Am 24. Juni nach unsrer Mitgliedschaft, der Maurer-Verenhard Strauß im Alter von 24 Jahren an Nuthbergfaltung.  
 Verwaltungsstelle Osnabrück.  
 Ehre seinem Andenken!

**Die Poliereschule**

Unübertroffenes Selbstunterrichtslehrgewerk für Maurer, Zimmerer und Eisenbetonschaffarbeiter. Herausgegeben von Hermann Schumann in Bochum, Berner Str. 93. Neu erschienen. Preis 4,- M. Zu beziehen vom Verfasser. Empfehle meinen brieflichen Fernunterricht für Maurer, Zimmerer und Betonfacharbeiter. Man verlange Probebriefe. (Preis 1,30 M. inkl. Porto.)